

GZ Präs. 18167/2006-5
Freiwilliger Solidarbeitrag
von Politikern

Graz, am 15.11.2007

Mag. Schmalenberg

Ausschuss für Personal, Verfassung,
Organisation, EDV, Europäische
Integration und Menschenrechte

BerichterstellerIn:

.....

Bericht

an den

Gemeinderat

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 29.6.2006 beschlossen, dass den Grazer PolitikerInnen die Möglichkeit gegeben wird, die mit Wirkung vom 1.7.2006 eintretende Nettobezugserhöhung als freiwilligen Solidarbeitrag auf ein eigens dafür eingerichtetes Konto zu überweisen. Durch einen einstimmig angenommenen Abänderungsantrag wurde festgelegt, dass diese Möglichkeit „ab 1. Juli 2006 bis 31. Dezember 2006“, eröffnet werden solle. Weiters wurde beschlossen, die aus dem Solidarbeitrag zur Verfügung stehenden Mittel, dem Hilfsfonds der Wohnungssicherung Graz (WOG) zur Verfügung zu stellen. Insgesamt wurden aus diesem Titel 10.788,01 Euro an die WOG überwiesen.

Nach den Wortlauten des ursprünglichen Antrages und des dazu eingebrachten Abänderungsantrages war die Dauer dieser Spendenmöglichkeit nicht eindeutig festgelegt. Außerdem wurde bis dato für die ab dem 1.1.2007 einbezahlten Beiträge, in Höhe von derzeit rund 15.300,- Euro (Stand 5.11.2007) noch kein Verwendungszweck festgelegt. Aus diesen Gründen soll nunmehr

1. klargestellt werden, dass es auch für die Zeit nach dem 31.12.2006 bis zum Ende der laufenden Gemeinderatsperiode möglich ist, einen Solidarbeitrag auf das bekannt gegebene Konto einzuzahlen,
2. darüber informiert werden, dass die Bezüge öffentlicher Funktionäre nach dem vom Präsidenten des Rechnungshofes kundgemachten Anpassungsfaktor mit Wirkung vom 1.7.2007 um 1,5 % angehoben wurden und
3. der Verwendungszweck entsprechend der von Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl in der Gemeinderatssitzung vom 18.10.2007 skizzierten Vorgangsweise vom Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, Europäische Integration und Menschenrechte vorgeschlagen werden.

Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, Europäische Integration und Menschenrechte stellt daher den

Antrag,

der Gemeinderat wolle

1. den Motivenbericht zur Kenntnis nehmen und
2. beschließen, die bis zum Ende der laufenden Gemeinderatsperiode eingehenden Solidarbeiträge folgenden Empfängern zu den jeweils angeführten Prozentsätzen zur Verfügung zu stellen:

Spendenempfänger	Prozentsatz
Marienambulanz der Caritas	
Diözese Graz Seckau	_____
.....	<u>100 %</u>
.....
.....
.....

Der Bearbeiter:

Die Abteilungsvorständin:

Gesehen!
Der Magistratsdirektor:

Der Bürgermeister:

Vorberaten und angenommen in der Sitzung des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, Europäische Integration und Menschenrechte

am

Der Vorsitzende:

Der Antrag wurde in der heutigen <input type="checkbox"/> öffentl. <input type="checkbox"/> nicht öffentl. Gemeinderatssitzung
<input type="checkbox"/> bei Anwesenheit von GemeinderätInnen
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> mehrheitlich (mit ... Stimmen / ... Gegenstimmen) angenommen.
<input type="checkbox"/> Beschlussdetails siehe Beiblatt
Graz, am
Der / Die SchriftführerIn: